

## D-I1-044 Arbeitsprogramm 2025

Antragsteller\*in: Phime Hirte (KV Lüneburg)

### Änderungsantrag zu D-I1

Von Zeile 43 bis 46:

sich aus ihren unterschiedlichen Lebensumständen, Engagements, Interessen, Berufen, Ausbildungen und Studiengängen ziehen. Ihr Wissen und ihre Erfahrungen sind die wichtigste Ressource unseres Verbandes. Eine aktive und mobilisierte Basis ist deshalb Ausgangspunkt ~~der~~unserer politischen Arbeit ~~unseres Verbandes~~.

Von Zeile 52 bis 54 löschen:

gestalten als auch die Arbeit ihrer Vorstände kritisch begleiten zu können, brauchen Mitglieder deshalb mehr ~~eigene~~-Strukturen und Räume, um sich effektiv und ~~unabhängig~~-organisieren zu können.

Von Zeile 58 bis 61:

weitere Institutionalisierung der Austausch-Räume für Basismitglieder, Verantwortungsträger\*innen, ~~Queers und migrantisierte Menschen. Als Ziel soll damit ein Verschieben von Autorität zurück zur Basis als Grundpfeiler unserer neuen Praxis erreicht werden.~~queerer und migrantisierte Menschen sollen als Ziele erreicht werden.

Von Zeile 69 bis 70 einfügen:

Landesvorstand soll Arbeitswege zu klarer antirassistischer Praxis hin - wie beispielsweise ein Team - prüfen. Ebenso werden Wege für einen inklusiveren Verband geprüft und vorhandene Barrieren im Rahmen der Möglichkeiten beseitigt - über die Fortschritte wird transparent berichtet.

Von Zeile 91 bis 93:

Menschen von der Mitarbeit in der GRÜNEN JUGEND abschrecken könnten. Dazu werden wir unsere Abläufe und Inhalte darauf überprüfen, ob sie relevant und transparent sind, sowie strukturelle Barrieren für ~~einen ausreichend großen Teil auch von z.B.~~ nicht-Akademiker\*innen ~~relevant und verständlich sind~~abbauen.

Von Zeile 103 bis 109:

~~Ein zentrales Anliegen dabei ist es im kommenden Jahr, Aktionstage als lebendige und nahbare politische Praxis zu gestalten. Basismitglieder und Kreisverbände sollen nicht nur teilnehmen, sondern Aktionstage aktiv mitgestalten und initiieren können. Aktionstage, die zur Realität vor Ort passen, müssen auch vor Ort mitgestaltet werden. Der neue Landesvorstand sollte sich dafür einsetzen, neue Arbeitsweisen zur Einbindung von Kreisverbänden in diesem Kontext zu erproben.~~

Ein zentrales Anliegen dabei ist es im kommenden Jahr, Aktionstage als lebendige und nahbare politische Praxis zu gestalten. Neben den Aktionstagen des Bundes- und Landesverbandes sollen Kreisverbände mit ihren Basismitgliedern lokale Themen innerhalb der Kreisverbände auch vor Ort durch eigene Aktionstage aktiv setzen und bei der Umsetzung der Aktionstage eigene Schwerpunkte legen. Darin wird der neue Landesvorstand sie unterstützen. Um weiterhin wirksam zu sein wird die übergreifende Koordination landes- und bundesweiter Aktionstage beibehalten.

Von Zeile 115 bis 117:

Narrative aufspringen, ist für uns klar: Wir halten dagegen. Den Versuch, politische Vorteile auf dem Rücken der ~~Schwachen~~ "Schwachen" zu erreichen, machen wir nicht mit. Wir lassen uns rechte Diskurse nicht aufzwingen - wir prägen unsere

Von Zeile 125 bis 128:

Abgaberung von Lützerath sind einfach keine gute Politik. Auch im Wahlkampf werden wir ~~das~~uns klar ~~benennen~~positionieren. Gleichzeitig ist es eine Stärke der GRÜNEN JUGEND, eine Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Parlament zu sein.~~[Leerzeichen]~~

Von Zeile 146 bis 158:

sehr viel Erfahrung gegangen, was sich insbesondere auf die Teams auswirkt. ~~Aufgrund des fehlenden Landesvorstandes und durch~~Durch Abgänge vieler Menschen wird es nicht möglich sein, die Teams im Herbst 2024 einzusetzen. Im ersten halben Jahr seiner Arbeit übernimmt daher der Landesvorstand die Arbeit der Teams und führt diese durch eine Ad-Hoc Einbindung von Mitgliedern durch. Die Mitglieder werden ausgewählt, indem eine transparente Ausschreibung mit klarem Anforderungsprofil veröffentlicht wird. Der Landesvorstand entscheidet, welche Personen eingebunden werden. Auf der nächsten Landesmitgliederversammlung im Frühjahr 2025 werden Teams eingesetzt. Bis zur Einsetzung der neuen Teams ist es die Aufgabe des Landesvorstandes, Mitglieder aktiv in seine Arbeit einzubinden ~~und mögliche Teammitglieder.~~ Dazu gehört es, im Sinne des Empowerments Mitglieder zu fördern und zu motivieren, sich weiter- in den Teams zu engagieren.~~[Zeilenumbruch]~~ Wir müssen es Mitgliedern - gerade in einer Phase, in der keine Teamstrukturen bestehen - auch ermöglichen, temporär und Themengebunden arbeiten zu können und dem Verband zu helfen - ohne einjähriges Commitment. ~~Wer Erfahrung besitzt, muss die Chance bekommen, sie für den Verband zu nutzen~~Dabei wird vom neuen Landesvorstand wert auf Transparenz des Verfahrens gelegt.

Von Zeile 160 bis 161 einfügen:

Fähigkeiten zu erlernen und politisch zu wachsen. Diese Möglichkeit soll insbesondere Menschen aus marginalisierten Gruppen eröffnet werden. Dies wird in der Ausschreibung berücksichtigt und die Arbeitsstrukturen werden inklusiv ausgerichtet.

Von Zeile 163 bis 169 löschen:

Grüne Jugend Niedersachsen vollständig eingesetzte und arbeitsfähige Teams zurück haben. ~~Zudem wollen wir, dass Teams in einem Jahr im Rahmen ihrer Möglichkeiten noch selbstständiger Ideen vorantreiben und umsetzen können, um den Verband schlagkräftiger und mutiger zu machen. Dabei sollen Teams auch Orte der Ideenentwicklung und nicht nur der Ausführung von Impulsen aus dem Landesvorstand sein.~~ Zentral ist außerdem, die Ressourcen, Fähigkeiten und das Wissen der Teams langfristig zu sichern und für spätere Teams verfügbar zu

Von Zeile 173 bis 174:

Die Förderung von Frauen, inter\*, trans\*, nicht-binären und genderqueeren agender Personen ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage und bleibt ein Schwerpunkt unserer Verbandsarbeit.

Von Zeile 180 bis 184:

Landesmitgliederversammlung im Frühjahr 2025 zur Wahl stellen. Für diesen Übergang ist der Landesvorstand aufgefordert, die Frauenförderung besonders Geschlechtergerechtigkeit besonders in seiner Arbeit zu berücksichtigen. ~~Ein entsprechender Landesarbeitskreis sollte für den Übergang ebenfalls in Erwägung gezogen werden.~~ Um die Arbeit in diesem wichtigen Bereich bis zur Einsetzung des Teams effektiv weiterführen zu können,

Von Zeile 197 bis 198:

Unsere Bildungsarbeit orientiert sich dabei an dreivier Grundsätzen.~~[Leerzeichen]~~

Von Zeile 201 bis 208:

Umstände, auf politische Probleme und auf die Strukturen und die politische Praxis unseres Verbandes selbst. [Zeilenumbruch]

2) Unsere politische Bildung fördert die Toleranz und Urteilsfähigkeit aller Mitglieder, indem sie uns mit Widersprüchen konfrontiert und indem sie uns zwingt, unsere eigenen Positionen zu überprüfen und sie überzeugend vor anderen zu verteidigen. [Zeilenumbruch]

3) Die Bildungsarbeit hat das Ziel, unsere Basismitglieder zu befähigen, politisch handlungsfähig zu werden. Erfolgreiche Bildungsarbeit ermöglicht die eigenständige Organisation und die aktive Mitarbeit der Basis in allen Bereichen.

4) Die Bildungsarbeit der Grünen Jugend zielt auf den Ausgleich von Macht-Ungleichheiten. Entsprechend empowert sie marginalisierte Personen genauso, wie sie marginalisierende Strukturen und Praktiken hinterfragt und zu nicht-diskriminierendem Verhalten bildet.

Von Zeile 218 bis 235:

ermöglichen. Diskussionsräume erlauben einer möglichst großen Zahl an Mitgliedern, sich eine differenzierte Meinung zu ~~sämtlichen Punkten~~ den verschiedenen Optionen zu bilden, bevor sie über diese abstimmen. [Zeilenumbruch]

Außerdem sollen Verantwortungsträger\*innen weiter ausgebildet werden, um die eigenständige Bildungsarbeit in ~~anderen Strukturen wie~~ den Kreisverbänden zu fördern. Die grundlegende und verbandsweite Bildungsarbeit verbleibt dabei beim Bildungsteam und dem Landesvorstand.

Strukturschwache Kreisverbände sollen in der Bildungsarbeit besonders berücksichtigt werden.

**Bildungsteam:**

~~Unser Bildungsteam soll weiterhin eng mit dem Landesvorstand zusammenarbeiten, es soll aber in Zukunft mit einem eigenen Selbstverständnis, unabhängig und als selbstbewusster Gegenüber von Verantwortungsträger\*innen agieren. Um der Basis eine reflektierte und kritische Verbandsarbeit zu ermöglichen, muss sich das Bildungsteam als Anwältin der Basis verstehen – es muss Räume schaffen, in denen eine kritische Auseinandersetzung mit der Arbeit von Verband und Vorständen möglich ist. Das Team soll sich als Schnittstelle zwischen Basis und Vorständen begreifen, die in beide Richtungen wirkt. Es sollen zu diesem Zweck Maßnahmen geprüft werden, welche das Selbstverständnis und die Unabhängigkeit des Teams konkret untermauern – hierzu sind die direkte Wahl der Teammitglieder oder eine zeitlich versetzte Wahlperiode zur Wahl des Landesvorstandes denkbar.~~

Von Zeile 256 bis 259 löschen:

erste Anlaufpunkt für neue Mitglieder, sondern auch der Ort, an dem Aktionen, Demonstrationen und Wahlkämpfe organisiert und umgesetzt werden. ~~Besonders in den vergangenen Wochen waren starke Kreisverbände als Strukturen unverzichtbar.~~ Eine zentrale Aufgabe des Landesvorstandes im kommenden Jahr ist es daher, die

Von Zeile 265 bis 271:

~~Von besonderer Bedeutung hat zudem die Zusammenarbeit mit kommunalen Amtsträger\*innen der GRÜNEN JUGEND in Räten und Kreistagen in ganz Niedersachsen. Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Landesvorstand und kommunalen Amtsträger\*innen kann unsere politische Vision konkret vor Ort vorangetrieben werden und unsere Rolle als Korrektiv innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen gestärkt werden. Die Betreuung, der Austausch und Bildungsarbeit soll deshalb für kommunale Amtsträger\*innen weiter vorangetrieben werden.~~

Die Vernetzung der kommunalen Mandatsträger\*innen kann ebenfalls durch den Landesvorstand unterstützt werden, damit die Umsetzung politischer Visionen vor Ort vorangetrieben wird und um als Korrektiv innerhalb der Grünen zu wirken.

Von Zeile 275 bis 284:

Besuche. Das bewährte Format des Kreisvorstands-Landesvorstands-Treffens soll fortgeführt werden. ~~Der Landesvorstand soll außerdem die horizontale Vernetzung zwischen Kreisverbänden fördern, damit deren Mitglieder Erfahrungen austauschen und Ressourcen in gemeinsamen Aktionen bündeln können. Hierzu soll ein regelmäßiger Austausch zwischen Kreisverbands-Sprecher\*innen eingeführt werden, welcher rein organisatorisch vom Landesvorstand unterstützt wird. Es soll zusätzlich mehr landesweite Austauschgruppen für Basismitglieder geben, die möglichst themenbezogen arbeiten und unter Berücksichtigung der Empfehlungen für gute "Debattenorte" eine effektive und konstruktive Vernetzung für alle Mitglieder bieten können.~~ Der Landesvorstand soll außerdem die Vernetzung zwischen Kreisverbänden fördern, damit deren Mitglieder Erfahrungen austauschen und Ressourcen in gemeinsamen Aktionen bündeln können. Hierzu unterstützt der Landesvorstand auf Wunsch den Austausch der Kreisvorstände organisatorisch und entsprechend der regionalen Bedarfe.

## Begründung

Begründung für die einzelnen Abschnitte:

Politische Praxis: Großteil der Änderungen sind zur Betonung der inklusiven Ausrichtung. Die Streichung des Satzes zur Verschiebung der Autorität zur Basis hat das Ziel, auch zukünftig ein Gegeneinander von Basis, Kreisvorständen, sonstigen Funktionsträger\*innen in der GJ und dem Landesvorstand zu vermeiden. Die Grüne Jugend ist ein Verband, der auf die Aktivität der einzelnen Mitglieder aufbaut, jedoch auch Strukturen braucht, um politisch wirksam zu sein. Diese Strukturen werden durch die entsprechenden Wahlen mit politischen Aufgaben betraut. Zur Wahl gehört auch, dass in diesen Aspekten keine vollständige Basisdemokratie stattfindet. Eine Verschiebung der "Autorität" würde kompliziertere und weniger gut funktionierende Strukturen bedeuten und damit die politische Wirksamkeit verringern.

Aktionstage: Aktionstage sind ein wichtiges Instrument um Aufmerksamkeit auf politische Themen zu lenken. Die Wirksamkeit hängt jedoch auch von der gemeinsamen Durchführung und der teilweise kurzfristigen Planung ab. Die Befragung jedes Basismitglieds im Planungsprozess ist dabei nicht möglich. Unabhängig davon ist eine Unterstützung der Kreisverbände zu eigenen Aktionstagen (auch in Verbindung mehrerer KVen) sinnvoll. Die Erprobung neuer Einbindungsmöglichkeiten außerhalb des Debattenorte-Prozesses sorgt dabei für Unklarheiten und eine uneinheitliche Vorgehensweise der Landesverbände, wodurch die Wirksamkeit geschmälert werden könnte.

Teams und Übergang: Die Änderungen sollen vorallem im Übergang zu einem transparenteren Einbezug von Mitgliedern sorgen. Da keine Teams gewählt werden können, aber der Landesvorstand trotzdem Personen teamähnlich (teils projektbezogen) einbinden muss, hat der LaVo die Aufgabe, diesen Prozess möglichst demokratisch zu gestalten. Entsprechend sollten die Ausschreibungsanforderungen für Teams auch eingehalten werden, wenn keine Wahl stattfindet. Der LaVo muss dabei besonders auf ausreichenden Einbezug marginalisierter Personengruppen achten. Gestrichen ist der Satz zur Ausweitung der Unabhängigkeit und eigenständigeren Ideenentwicklung. Entsprechend der Satzung sind an Teams sowohl Basismitglieder, als auch Personen aus dem LaVo beteiligt. Inwiefern innerhalb der Teams zusammengearbeitet wird ergibt sich immer aus den konkreten Personen und wie diese ihre Rollen erfüllen. Die grundsätzliche Zielausrichtung obliegt dabei jedoch den Personen aus dem LaVo, da diese entsprechend ihres Amtes die Aufgabe haben, die Weiterentwicklung und politische Wirksamkeit der Grünen Jugend zu steuern und durch den engeren Kontakt zur Bundesebene, den Überblick über alle Teams und den Kontakt zu anderen Landesverbänden auch das notwendige Wissen für diese Entscheidungen erhalten. Ohne diese entsprechende Zielausrichtung wird die effektive Arbeit der Teams gestört und größere Projekte kann nicht mehr übergreifend nachgegangen werden. Entsprechend sind solche pauschalen Aussagen im Arbeitsprogramm ohne konkretere Ausgestaltungsvorschläge kontraproduktiv.

Frauenförderung und Geschlechterstrategie: die übergangsweise Einrichtung eines Landesarbeitskreises (LAK) ist nicht sinnvoll. Entsprechend der Satzung sind LAK für die Arbeit an spezifischen politischen Themen gedacht, nicht jedoch für die strukturelle- oder Bildungsarbeit innerhalb der GJ. Entsprechend sind auch hier wie allgemein für den Übergang beschrieben, Mitglieder bis zur Wahl der Teams einzubinden.

Bildungsarbeit: Die Verhinderung von weiterer Marginalisierung innerhalb der GJ sollte ein Grundsatz der Bildungsarbeit sein. Zur Vorbereitung der LMVen kann die bessere Nutzung der vorhandenen Debattenräume innerhalb der Kreisverbände das Gefühl der Selbstwirksamkeit stärken. Dabei sollte aber bedacht werden, dass nicht sämtliche Optionen vor jeder LMV neu debattiert werden müssen, sondern dass die Debatten zugespitzt auf realisierbare Alternativen erfolgt (z.B. beim BuKo-Reformprozess). Innerhalb der Kreisverbände ist die Bildungsarbeit zu Themen, welche dort gerade aktuell sind, bedeutsam. Die grundlegende Steuerung und vor allem das zur Verfügung stellen von Angeboten zur Grundlagenbildung ist jedoch Aufgabe des Bildungsteams und des LaVo und für einen gemeinsamen Verband notwendig.

Bildungsteam: Der komplette Absatz ist zu streichen oder in der Ausrichtung neu zu fassen, da dadurch eine Konkurrenz zwischen LaVo und dem Bildungsteam erzeugt wird. Ziel des neuen Landesvorstands sollte es meiner Ansicht nach sein, dass Basismitglieder und Funktionsträger\*innen diesem vertrauen, die Ausrichtung der Bildungsarbeit zu steuern und auf Impulse von Einzelmitgliedern und Kreisverbänden entsprechend einzugehen bzw. die Umsetzbarkeit innerhalb des Bildungsteams zu besprechen. Entsprechend sollte innerhalb einer ggf. anstehenden Neuorientierung des Verbands auch der LaVo gemeinsam mit dem Bildungsteam Reflexionsräume schaffen. Falls konkrete Konflikte zwischen LaVo und Basismitgliedern/Kreisverbänden auftreten oder vorhanden sind, sollte die Vermittlung nicht als Aufgabe des Bildungsteams verstanden werden, da dieses nicht dafür gewählt ist. Stattdessen können vorhandene Vermittlungspersonen, wie Bundesvorstandsmitglieder, angefragt werden oder der LaVo könnte sich als Auftrag die Einführung von dauerhafteren Awarenessstrukturen setzen. Fragen der politischen Ausrichtung sind beispielsweise über LMV-Anträge abzustimmen, grundsätzlich wird dem LaVo durch die Wahl jedoch das Vertrauen ausgesprochen, politisch (öffentlich) Position zu beziehen.

Kreisverbände, Basis-Einbindung: Die Unterstützung der Mandatsträger\*innen sollte meiner Meinung nach nicht im Fokus des LaVo stehen, obwohl Unterstützung weiterhin geleistet werden kann. Die Unterstützung der Vernetzung der Kreisverbände sollte an deren konkreten Bedarfen ausgerichtet sein und sich nicht nur auf die Sprecher\*innen beziehen. Für den themenbezogenen Austausch von Basismitgliedern sind in der Satzung die Landesarbeitskreise festgehalten, diese sind ähnlich wie die Fachforen jedoch wenig genutzt und als Debattenorte für die Meinungsbildung des gesamten Landesverbandes nicht geeignet. Die Notwendigkeit weiterer landesweiter Strukturen wäre erst festzustellen, bisherige Formate (z.B. themenbezogene Zooms vom Bildungsteam) wurden weitestgehend nicht angenommen.